Borkumer
TiedenTourke

www.schoenbeck-borkum.de | Inselgeschichte Biografie Nokixel Ezyklopädie Borkum | Freitag, 06. 10. 2023

Impressum: (V.i.S.d.P)
Borkumer Tiedentourke
Historiograf – Geschichtschronist
Sachkundige der Borkumer Geschichte
K.R.S Schönbeck-Borkum
Norderreihe 28 B
26767 Borkum
Tel.: + 49 (0) 4922 990 729
Fax: 03 222 3762 607
Mail: schoenbeck-borkum@gmx.de
Web: www.schoenbeck-borkum.de
Alle Rechte, Angaben, Inhalte sowie Änderungen und Irrtümer sind vorbehalten. Ein Nachdruck oder auch nur Auszugsweise, wie auch unter einer Verwendung von elektronischen digitalen Systemen bleibt versagt und bedarf der ausdrücklichen Genehmigung von Schönbeck-Borkum. Nachdrücklich verweigern wir, dass das Borkumer Tiedentour in jeglichen Archiven oder in sozial Media fremdgespeichert werden! Freundlich verweisen „Wir“ auf das Urhebergesetz, die Bildrechte, das Schöpfungsrecht sowie auf das Presserecht! Fotos © Schönbeck-Borkum

Zeigten Flagge für Borkum vor dem Gerichtsgebäude in Den Haag: Melanie Helms (SPD, von links), die Umweltbeauftragte Sandra Franke, Karsten Schönbeck, Björn Leidheiser (CDU), Eldert Sleeboom (Grüne), Bürgermeister Jürgen Akkermann und Anwalt Joachim Musch. Foto: Stefan Erdmann ©Schönbeck-Borkum

Klage gegen Projekt von One-Dyas

„Punktsieg“ nach Verhandlung in Den Haag

Von Florian Ferber | Borkumer Zeitung 28.09.2023

Vor einem niederländischen Gericht ist am Donnerstag über die Klage gegen das Gasförderprojekt vor Borkum verhandelt worden. Mit dem Ergebnis zeigten sich nicht nur die Vertreter der Insel zufrieden.

Borkum/Den Haag - In Den Haag ist am Donnerstag das Verfahren der Stadt Borkum gegen die vom niederländischen Konzern One-Dyas in der Nordsee geplanten Gasbohrungen in die Hauptverhandlung gestartet. Mitgeklagt vor Gericht gegen das umstrittene Projekt hatten die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland und die niederländische Umweltorganisation Mobilisation for the Environment. Vertreten vor Ort war Borkum neben Bürgermeister Jürgen Akkermann, der Umweltbeauftragten Sandra Franke und Anwalt Joachim Musch durch die Ratsmitglieder Melanie Helms (SPD), Björn Leidheiser (CDU) und Eldert Sleeboom (Grüne) sowie durch den Borkumer Karsten Schönbeck.

„Wir sind froh, dass es weiter vertagt wurde auf Ende Januar“, lautete das Fazit von Sandra Franke nach rund achteinhalbstündiger Anhörung (inklusive zweier Pausen) in der Rechtbank.

War ein Urteil am Donnerstag auch im Vorfeld nicht erwartet worden, ergibt sich die Verschiebung aus weiterem Klärungsbedarf bei den Stickstoffwerten. „Die gegnerischen Anwälte haben zwar gesagt, die Zeit rennt, es kostet Geld, aber da hat sich das Gericht gar nicht drauf eingelassen“, berichtete Björn Leidheiser am Donnerstagabend. Insgesamt, bestätigten er und Borkums Umweltbeauftragte, sei das niederländische Gericht sehr gut vorbereitet gewesen, habe viele Sachen kritisch hinterfragt. Die Übersetzung via Dolmetscher, so Leidheiser, sei „anstrengend, aber möglich“ gewesen, mit viel „Fachchinesisch zwischendurch“. „Wir haben noch eine Chance“, gab sich der CDU-Ratsherr nach dem Anhörungsmarathon zuversichtlich.

Zahlreiche Protestierende hatten sich am Donnerstag vor der Rechtbank in der niederländischen Stadt Den Haag versammelt.

Stickstoff-Strategie wurde überarbeitet

Den Optimismus teilt man offenbar auch aufseiten der Deutschen Umwelthilfe nach dem Verlauf der Verhandlung am Donnerstag. „Wir sind sehr zufrieden, weil es zunächst einmal bei dem Bauverbot für die Bohrplattform bleiben wird“, erklärte Constantin Zerger, Leiter des Fachbereichs für Energie- und Klimaschutz, der das Geschehen vor Gericht per „Kollegen-Ticker“ in Berlin verfolgte, während der Schlussstatements. One-Dyas habe zwar seine Stickstoff-Strategie überarbeitet – Defizite diesbezüglich waren im Mai ursächlich gewesen für das im Eilverfahren verhängte Verbot zur Errichtung einer Bohrplattform –, diese sei aber von den niederländischen Behörden noch nicht genehmigt. Erst wenn dies passiert sei, bestätigte Zerger, könne das Gericht darüber nochmal neu verhandeln – wohl eben frühestens im Januar 2024. „Das ist für uns ein Punktsieg“, freute sich der DUH-Mitarbeiter am Abend.

Seinen Angaben zufolge hat der Richter sehr intensiv nachgefragt – sowohl zu Klimaschutzpunkten als auch zu Schadstoffeinträgen und zur Zerstörung der Riffe. „Unsere Anwältin und die Kollegen vor Ort

One-Dyas: Kein Verzicht auf Gasförderung

haben ein gutes Gefühl, weil das wirklich sehr ernst genommen wurde“, gab Constantin Zerger die Eindrücke weiter, die sich mit denen der Borkumer Delegation demnach decken. Darauf weise seiner Erfahrung nach auch die lange Dauer der Verhandlung hin. „Wenn sich ein Gericht so viel Zeit nimmt, zeigt dass, dass es sich in der Sache mit den Argumenten auseinandersetzt, die Sachverhalte alle anerkennt und zumindest den Anfangsverdacht hat, dass wir recht haben könnten.“

Foto © Schönbeck Borkum

Foto © Schönbeck Borkum

One-Dyas: Kein Verzicht auf Gasförderung

In einer Pressemitteilung von One-Dyas vom Donnerstagabend bestätigt das Unternehmen, dass der Richter beschlossen hat, „wegen der allgemeinen Stickstoffproblematik in den Niederlanden eine zusätzliche Anhörung durchzuführen“. Für Chris de Ruyter van Steveninck, CEO von One-Dyas, ist es indes „völlig klar, dass wir als Gesellschaft auf die Gasförderung vorerst nicht verzichten können. Wir sind zuversichtlich, dass das Gericht dem Ministerium für Wirtschaft und Klima, das für die endgültige Genehmigung dieses Gasförderprojekts in der Nordsee zuständig ist, zustimmen wird.“ Ein Nein zur Gasförderung in der Nordsee bedeute ein Ja zu mehr LNG-Importen aus Ländern wie den USA und Katar, wobei Verbraucher und das Weltklima eine hohe Rechnung bezahlten. „Solange wir nicht vollständig auf erneuerbare Energiequellen umsteigen können, bleibt Nordsee-Erdgas die beste Wahl“, so de Ruyter van Steveninck.

Sein Unternehmen verweist in dem Kontext erneut auf einen „umfassenden Umweltverträglichkeitsbericht, in dem die Auswirkungen auf die Umwelt, die Natur und die Umgebung, die Umsetzungsvarianten und die getroffenen Entscheidungen untersucht und beschrieben wurden“.

Foto © Schönbeck Borkum

Auch so kann Protest gegen die Erdgasbohrungen aussehen.

Foto © Schönbeck Borkum

Nach einer Reihe von Anpassungen sei die Kommission für Umweltverträglichkeitsprüfung im Februar 2022 zu dem Schluss gekommen, „dass die Änderungen

Die Umweltauswirkungen hinreichend aufzeigen und auch den Nutzen und die Notwendigkeit des Projekts angemessen beschreiben“.

Foto © Schönbeck Borkum

Foto © Schönbeck Borkum

by JNN :: Juist Net News

Verhandlung vor Gericht wegen Erdgasbohrungen vor Borkum vertagt

Borkum und Juist gemeinsam mit den Umweltverbänden
Von S. Erdmann am 29. Sep 2023 - 18:10 Uhr

FOTO: STEFAN ERDMANN

Borkum und Juist gemeinsam mit den Umweltverbänden
Foto: Stefan Erdmann ©Schönbeck-Borkum

Es waren anstrengende acht Stunden am Donnerstag (28. Sept. 2023) für die Inselbürgermeister und Delegationen von Juist und Borkum, als vor der Rechtbank in der Niederländischen Hauptstadt Den Haag die Hauptverhandlung des Verfahrens gegen die vom niederländischen Konzern One-Dyas geplanten Erdgasförderungen vor Borkum und Schiermonnikoog mit einer ersten Anhörung gestartet wurde.

Ein Urteil wurde am Donnerstag noch nicht erwartet, vielmehr wurde die Sache vertagt, da es unter anderem bei den Stickstoffwerten noch Klärungsbedarf gibt, und zumal schon zu Sitzungsbeginn festgestellt wurde, dass nicht alle Beteiligten die vollständigen Unterlagen dazu erhalten hatten. Als möglichen Fortsetzungstermin nannte der Vorsitzende Richter R.H. Smits Ende Januar/Anfang Februar 2024.

Bereits im April 2023 konnten sich die Klagenden mit einem Eilantrag vor dem Gericht durchsetzen und ein Verbot der Errichtung einer Bohrplattform erreichen. Das niederländische Gericht hat jetzt auch nochmal klargestellt, dass auch weiterhin keine Bohrplattform vom niederländischen Konzern One-Dyas errichtet werden darf. Die Vertreter von One-Dyas hatten versucht, zumindest für die Vorarbeiten der Plattform schon eine Vorabgenehmigung zu erhalten.

Die Stadt Borkum und Inselgemeinde Juist klagen gegen die geplanten Erdgasbohrungen – wobei die anderen ostfriesischen Inseln wegen der Entfernung nicht klageberechtigt sind, die Klage selbst aber unterstützen - gemeinsam mit einem Bündnis rund um die Deutschen Umwelthilfe wozu auch Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland gehört, und der niederländischen Umweltorganisation Mobilisation for the Environment. Auke Wouda, der mehrere Umweltverbände und die Interessen der Insel Schiermonnikoog vertrat, wollte auch geklärt wissen, ob die Werkgroup Vrije Horizont Schiermonnikoog klageberechtigt ist.

Zusätzlich demonstrierten solidarisch zahlreiche weitere deutsche und niederländische Umweltorganisationen vor der Verhandlung am Eingang des „Paleis van Justitie“
Während diese die Folgen für die Umwelt allgemein betrachten - das fossile Bohrprojekt direkt vor dem UNESCO-Weltnaturerbe
Wattenmeer steht in deren Augen im gravierenden Gegensatz zum Klima- und Meeresschutz – sehen die Inseln mehr ihre Heimat bedroht, wie deren Rechtsanwalt Joachim Musch vor Gericht ausführte: „60 Jahre Gasförderung in Groningen, seit 30 Jahren Erdbeben in Groningen. Warum wurde hier heute nicht über Erd- bzw. Seebeben gesprochen, die das Projekt unter Umständen – auch mit zeitlichen Verzögerungen - mit sich bringen kann? Warum hat One-Dyas bis heute noch keine Untersuchungen dazu durchführen lassen?“ Zudem wies der Anwalt auf die insularen Trinkwasser-versorgungen hin, die über empfindliche Süßwasserlinsen unterhalb der Inseln erfolge. Was passiere damit bei einem durch die Förderung ausgelösten Seebeben oder Bodenabsenkungen? Musch: „Ich bemängel hier, dass das Gericht auf diese Fragen nicht tiefer drauf eingegangen ist.“

Im Gegensatz zu Groningen würde man jetzt auch auf der Nordsee fördern, weil dort keine Menschen leben!

Aussage des Staatssekretärs Tieleman vom Ministerium van Economische Zaken en Klimaat (Wirtschaft und Klima)

Auch der Borkumer Karsten Schönbeck konnte sich zur Sache äußern. Er zeigte sich vor allem erschüttert über die Aussage des Staatssekretärs Tieleman vom Ministerium van Economische Zaken en Klimaat (Wirtschaft und Klima), welcher der Meinung war, im Gegensatz zu Groningen würde man jetzt auch auf der Nordsee fördern, weil dort keine Menschen leben. Schönbeck: „Das ist ja fast beleidigend. Wo leben wir Borkumer, Juister, Schiermonnikooger und die Insulaner der anderen Inseln denn?“ Auch wies er auf den Qualitätsverlust für den Fremdenverkehr hin, wenn wegen solcher Maßnahmen Inseln und Wattenmeer nicht mehr zum UNESCO-Weltnaturerbe gehören würden. Sein Appell: „Ich bitte das Gericht, keine Bohrungen dort zuzulassen, damit kein Schaden für Borkum und die anderen Inseln entsteht!“

Verhandelt wurde vor allem über Klimaschutz, die Beeinträchtigung von Schutzgebieten, Auswirkungen auf Flora und Fauna, die drohende Zerstörung von Riffen am geplanten Bauplatz. Vorsitzender Smits und seine beiden Richterkollegen fragten hier viel nach. „Leider verbeißt man sich hier oft in Kleinigkeiten, die nachher bei der Entscheidung eh keinen Einfluss haben,“ so Anwalt Münch in einer Sitzungspause. Die Sache liegt zwar auf deutsch-niederländischen Grenzgebiet, aber niederländischen Richter beschäftigen sich ungern mit den Inselbelangen, so der Anwalt aus langjährigen Erfahren, vor allem hinter der Grenze. Aber selbst Schiermonnikoog habe hier keinen einfachen Stand.

Umweltanwältin Bondine Kloostra als Vertreterin der Deutschen Umwelthilfe ging nochmal in einem Pressegespräch darauf ein, warum es so wichtig sei, dass die kompletten Unterlagen und Messergebnisse allen Beteiligten vorliegen müssen und deshalb eine Vertagung notwendig sei: „Der Bau einer Plattform wird die Stickstoffbelastung der geschützten Natur in den Niederlanden und Deutschland weiter erhöhen. Diese zusätzliche Belastung verstößt in den Niederlanden gegen das Naturschutzrecht.“

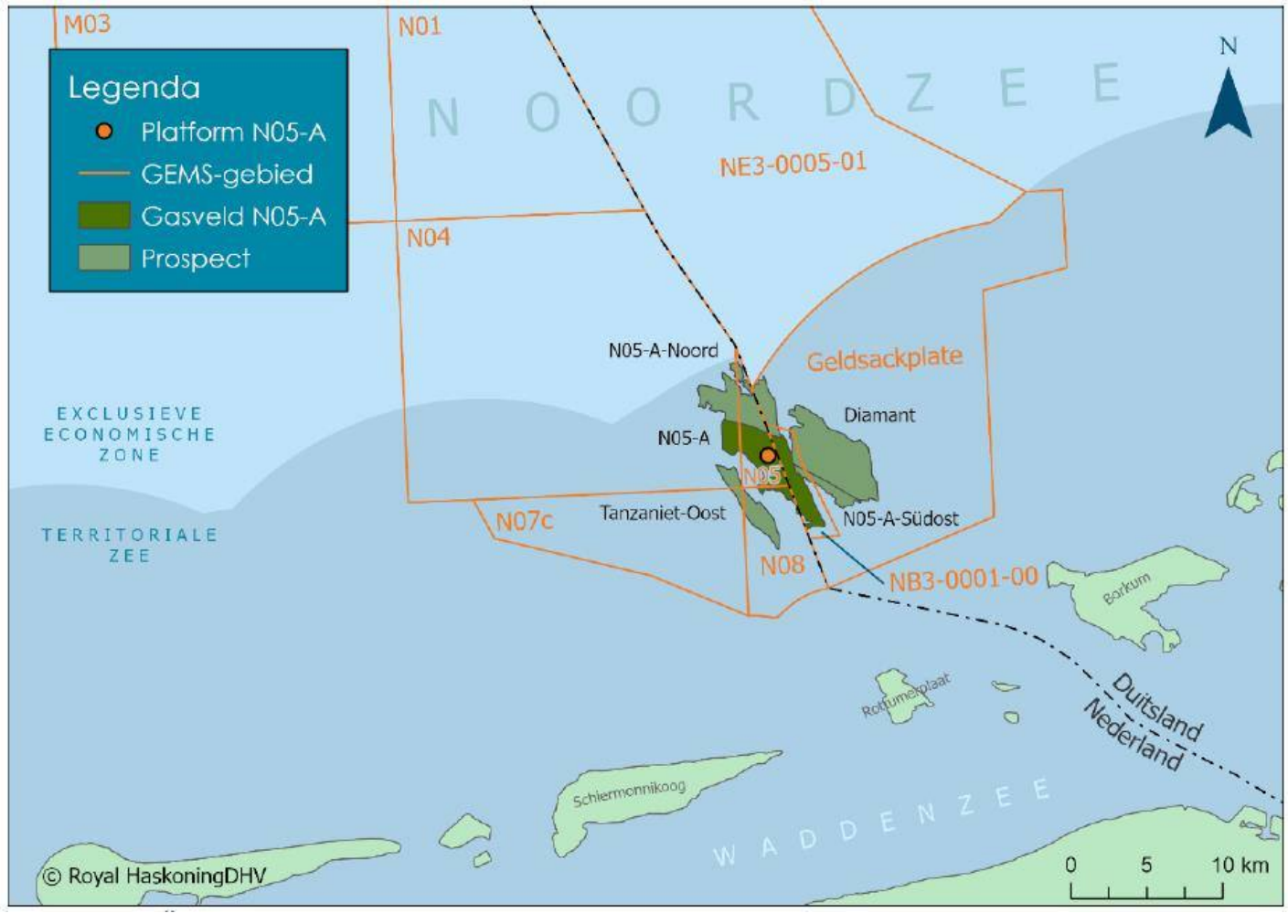
„Ich habe nicht mit einem Urteil heute gerechnet, hätte aber gerne eine Tendenz des Gerichtes erkennen wollen, war aber unmöglich,“ so Borkums Bürgermeister Jürgen Akkermann (parteilos). Auch Juists Bürgermeister Dr. Tjark Goerges (parteilos) meinte, man müsse nun erst mal abwarten: „Aber ich bin froh, dass es erst mal vollständig vertagt und Vorabentscheidungen zu einzelnen Punkten abgelehnt wurden.“ Sandra Franke, die Umweltbeauftragte der Stadt Borkum ergänzt: „Die Anwälte von One-Dyas haben zwar gesagt, die Zeit rennt und das kostet Geld, aber das Gericht hat sich davon nicht beeindrucken lassen.“

Auch Juists Ratsfrau Heike Heiken (Grüne) verfolgte die Verhandlung und hofft, dass Anfang kommenden Jahres dann ein klares „Nein“ vom niederländischen Gericht kommt.

Bei One-Dyas verstehe man die Besorgnis der Insulaner, so deren Anwalt vor Gericht. Aber ein Szenario wie in der Provinz Groningen würde es nicht geben, ebenso bestehe keine Gefahr für das Trinkwasser, denn das Bohrfeld sei insgesamt betrachtet recht klein. Chris de Rutyter van Steveninck von One-Dyas zeigt sich weiter optimistisch: „Wir sind zuversichtlich, dass das Gericht dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Klima die Genehmigung dieses Gasförderprojektes geben

wird.“ Solange man nicht vollständig auf erneuerbare Energie umsteigen könne, bleibe Nordsee-Erdgas in den Augen von One-Dyas die beste Option. Rund 500 Millionen Euro will das Unternehmen in das Projekt investieren.

Auch auf deutscher Seite gibt es noch kein grünes Licht für das Projekt: Weiterhin steht die Entscheidung des zuständigen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie in Niedersachsen aus. Auch in diesem Verfahren haben die Umweltverbände bereits Einwendung erhoben und bereiten weitere rechtliche Schritte vor.



© Schönbeck Borkum FOTOS: STEFAN ERDMANN | PLANZEICHNUNG: NIEDERS. LANDESAMT f. BERGBAU, ENERGIE u. GEOLOGIE